

N I E D E R S C H R I F T

zur 34. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 25.06.2015.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr Sitzungsende: 20:50 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvors.), Konrad Ammenhäuser (ab 20:08 Uhr), Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vors.), Stephan Wenz (Fraktionsvors.), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvors.), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvors.)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvors.), Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Martina Klein

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, Thomas Nuhn (l. Beigeordneter), Elisabeth Wege, Frank Dieffenbach, Andreas Tauche, Reinhard Karber, Helmut Wenz, Reiner Sauer, Alexander Steiß,

Entschuldigt fehlten:

Helge Fuhr

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Mitteilungen des Bürgermeisters; Bericht aus dem Gemeindevorstand**
- 3. Stellenbesetzungssperre;
hier: Freigabe einer Stelle zur Wiederbesetzung**

11/14/2015/11-16

4. **Durchführung einer Organisationsuntersuchung;
hier: Beschlussfassung zum Zielsystem**
11/16/2015/11-16
5. **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2015 hinsichtlich einer angemessenen
Kostenrückerstattung für die in Folge des Streiks in den kommunalen
Kindergärten entstandene Betreuungslücke**
31/8/2015/11-16
6. **Antrag zu einer Resolution für die umgehende und dauerhaften Besetzung der
Stelle der Schulleiterin bzw. des Schulleiters an der Gesamtschule
Niederwalgern**
00/4/2015/11-16
7. **Anfragen**
 - 7.1. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.06.2015 zum Beitrag des
Gemeindevorstandes zum Hochwasserschutz für Roth und Argenstein**
00/3/2015/11-16
 - 7.2. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.06.2015 zur vorgesehenen Unterbringung
von Flüchtlingen in den Objekten von MEDI-LEARN in Oberweimar**
10/5/2015/11-16
 - 7.3. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.06.2015 zur Realisierung der
Modernisierung des Bahnhofes in Niederwalgern gemäß
Rahmenvereinbarung "Modernisierung der Personenbahnhöfe in Hessen"
vom 09.08.2011**
11/18/2015/11-16
8. **Verschiedenes**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Oberhessischen Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 21 anwesend, sodass das Gremium beschlussfähig sein.

Der Vorsitzende gratulierte den Mandatsträgern Erika Zeman, Stephan Wenz, Konrad Ammenhäuser, Karl-Heinz Kraft, Helmut Wenz, Reiner Sauer und Reinhard Karber nachträglich zum Geburtstag.

Der Vorsitzende erklärte, dass ihm ein“ Antrag zu einer Resolution für die umgehende und dauerhafte Besetzung der Stelle der Schulleiterin bzw. des Schulleiters der Gesamtschule Niederwalgern“ vorliege. Er bat, die Tagesordnung unter Aufnahme der vorliegenden Resolution zu ergänzen und ließ hierüber abstimmen.

Beschluss:
Die Gemeindevertretung beschließt, den Tagesordnungspunkt „Antrag zu einer Resolution für die umgehende und dauerhaften Besetzung der Stelle der

Schulleiterin bzw. des Schulleiters an der Gesamtschule Niederwalgern“ unter TOP 6 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Alle weiteren Tagesordnungspunkte rücken damit um einen Zähler weiter.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters; Bericht aus dem Gemeindevorstand

1. Beschluss, zur Sicherstellung eines unabhängigen Beschwerdemanagements in den kommunalen Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn), Frau Christina Stehling, wohnhaft: Wilhelm-Gerlach-Straße 18, Niederweimar und Herrn Hans-Heinrich Heuser, wohnhaft: Gießener Straße 25, Niederwalgern, ohne Festlegung einer Rangfolge, für die Dauer von drei Jahren zur Ombudsfrau bzw. zum Ombudsmann zu berufen. In Absprache mit Herrn Pfarrer Bartsch soll die Berufung gleichzeitig auch für den Ev. Kindergarten Niederweimar Gültigkeit haben.
2. Beschluss, für die Gemeindeverwaltung 20 Standardlizenzen Microsoft Office 2013 bei der ekom21 zu erwerben.
3. Beschluss, das Ratsinformationssystem für das vorhandene Sitzungsdienstprogramm bei der ekom21 zu beschaffen.
4. Beschluss, den Auftrag für das Los 4 an die Fa. Hinterlang zu vergeben. Des Weiteren beschließt der Gemeindevorstand die Vergabe der anteiligen Bauleistungen aus Los 1-3 an die Fa. Hinterlang. (Bauausführung für den Kanalaustausch inkl. Partieller Gehwegs- und Fahrbahnreparaturen in Oberweimar, Koblenzer Straße (Projekt mit Hessen Mobil und ZMW))
5. Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, das Zielsystem für die Gemeinde Weimar (Lahn) unter dem Leitbild: „Weimar entwickelt sich weiter“ mit Oberzielen und Unterzielen zu beschließen.
6. Das Thema „Anpassung der Gebührensätze für die Benutzung der Bürgerhäuser“ sei vorbereitet, jedoch sollte in die Diskussion das Ergebnis des zweiten Moduls, welches mit der Firma CCE-Consult noch erarbeitet werden soll, einbezogen werden.
7. Bezüglich der Gebührensätze im Feuerwehrbereich stehe man in Verbindung mit dem HSGB; es lägen die ersten Kalkulationen vor. Weitere Infos werde er vermutlich bereits in der Juli-Sitzung geben können.
8. Die von der Revision geprüfte Jahresrechnung und Eröffnungsbilanz 2009 liege vor und könne in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 15.07.2015 besprochen werden.
9. Bezüglich der Nutzung der Bürgerhäuser habe das erste Gespräch mit den Ortsteilen Allna, Nesselbrunn und Weiershausen in Allna stattgefunden.
10. Zu dem Thema Stromnetzübernahme sei ein Eckpunktepapier auf den Weg gebracht worden.
Entscheidungen zu diesem Thema stünden für die nächste Sitzungsrunde im Juli an.

11. In der kommenden Woche werde das avisierte Elektrofahrzeug von Neukauf, Herrn Kempf, für vier Jahre der Gemeinde zur Nutzung zur Verfügung gestellt.
12. Zu dem Thema „Elektromobilität Bürgerbus Weimar“ sei zu berichten, dass in absehbarer Zeit mit Finanzierungshilfe des Landkreises ein Elektro-Bürgerbus eingesetzt werden könne.

**3. Stellenbesetzungssperre;
hier: Freigabe einer Stelle zur Wiederbesetzung**
Drucksache: 11/14/2015/11-16

Hierzu berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich, dass die Angelegenheit nicht kontrovers diskutiert worden sei, da anhand der Vorlage alle benötigten Informationen gegeben wurden. Der Ausschuss empfehle daher für diesen Fall die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) fragte, ob es nicht sinnvoll sei, eine befristete Stellenbesetzung vorzunehmen und das endgültige Ergebnis der künftigen Nutzung der Bürgerhäuser abzuwarten. Bürgermeister Eidam antwortete, dass eine unbefristete Beschäftigung vorgesehen sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, für eine Stelle einer/eines geringfügig Beschäftigten mit 6 Wochenstunden (Hausmeister Tätigkeit) die Stellenbesetzungssperre aufzuheben und dadurch die Möglichkeit zu schaffen, die Stelle rechtzeitig neu zu besetzen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**4. Durchführung einer Organisationsuntersuchung;
hier: Beschlussfassung zum Zielsystem**
Drucksache: 11/16/2015/11-16

Dr. Dittrich, Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, berichtete von den Beratungen in dieser Angelegenheit und dass auf Grund der Vorbereitung und der Beteiligung von Mandatsträgern keine umfangreiche Diskussion und Nachfragen bestanden. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschlussfassung entsprechend der Vorlage.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt das Zielsystem für die Gemeinde Weimar (Lahn) unter dem Leitbild: „**Weimar entwickelt sich weiter**“ mit folgenden

Oberzielen und Unterzielen:

Moderne Wohlfühlgemeinde für Klein und Groß

- Ländliches Idyll zwischen städtischen Einzugsräumen
- Kinderliebe Gemeinde mit herausragendem Familienangebot
- Hip & Cool – Jugendstark!
- Lebensqualität für Senioren
- Ansprechende Freizeitangebote
- Nutzerfreundliche Wohnkonzepte

Zukunftsgerichtete Wachstumsgemeinde

- Innovative Arbeitsplatz- und Mittelstandsstruktur

Gezielte Vermarktung von Lage und Infrastruktur
Zukunftsweisender Technologieeinsatz
Bedarfsgerechte Versorgung
Aktive Zuzugspolitik

Touristische Perle des Lahntals

Unverwechselbares, eigenes Profil
Einzigartiges Kulturangebot
Touristische Treffpunkte mit Verweilqualität
Konsequente Vermarktung der Schätze

Fortschrittliche Gemeindeführung

Bürgernahe Verwaltung
Effizienter Ressourceneinsatz mit realistischer Kalkulation
Einnahmewirksame Projekte
Zielgerichtete Gemeindesteuerung
Wirksame Kommunikation

Identität & Individualität

Gemeinschaftsgefühl mit Ortsteilbewusstsein
Verantwortungsbewusste Bürgerschaft
Offenes Miteinander
Konstruktive politische Kultur

Beratungsergebnis: Einstimmig

5. Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2015 hinsichtlich einer angemessenen Kostenrückerstattung für die in Folge des Streiks in den kommunalen Kindergärten entstandene Betreuungslücke

Drucksache: 31/8/2015/11-16

Zu diesem Tagesordnungspunkt verlies Mandatsträger Andreas Kaletsch wegen Interessenkollision nach § 25 HGO den Sitzungsraum.

Stephan Wenz (Fraktionsvors. SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, für die anlässlich des Streiks in den kommunalen Kindergärten entstandene Betreuungslücke eine angemessene Kostenrückerstattung an die Eltern der betroffenen Kindergartenkinder vorzunehmen.

Zur Begründung führte Herr Wenz aus, dass der insgesamt vier Wochen andauernde Streik in den kommunalen Kindergärten die eigenständige Organisation der Betreuung der Elternschaft der Kindergartenkinder unserer Gemeinde vor eine enorme Herausforderung gestellt habe. Seitens der Gemeinde habe eine Notfallbetreuung eingerichtet werden können, jedoch mussten die damit verbundenen Voraussetzungen für eine Berücksichtigung sehr restriktiv gefasst und nur in einigen Fällen habe seitens der Gemeinde eine Betreuung gewährleistet werden können. Seine Fraktion lege ausdrücklich Wert auf die Feststellung, dass durch die Beschlussfassung das grundrechtlich verbriefte Recht auf Streik der Erzieherinnen nicht unterlaufen werden solle. Vielmehr soll hier der Gemeindevorstand als Teil der kommunalen Arbeitgeberseite dazu veranlasst werden, alles dafür zu tun, dass die Erzieherinnen im Rahmen der Tarifverhandlungen ein konstruktives Angebot

erhalten. Im Vertrauen auf den Gemeindevorstand soll dieser hinsichtlich der Angemessenheit einer Kostenrückerstattung eigenständige Festlegungen treffen.

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass der Streik in den kommunalen Kindergärten sowohl die Elternschaft als auch die Gemeinde vor eine große Herausforderung gestellt habe. Es habe Gespräche mit den Eltern und den Kindergartenleitungen gegeben und er bedanke sich an dieser Stelle für den fairen und sensiblen Umgang miteinander.

Bereits am 16.06.2015 habe die Gemeinde einen Elternbrief mit Informationen versendet, der auch auf der Homepage der Gemeinde zu lesen sei. Der Verwaltung lägen inzwischen eine Vielzahl von Erstattungsanträgen durch die Kindergarteneltern vor.

Der Gemeindevorstand habe sich bereits mit diesem Thema beschäftigt. Derzeit bleibe jedoch festzustellen, dass es weder einen gesetzlich noch satzungsrechtlich verbrieften Anspruch auf Erstattung der Kindergartenbeiträge gebe. Das sei auch den Eltern so mitgeteilt worden.

Der Gemeindevorstand suche derzeit nach Möglichkeiten einer angemessenen Erstattung.

Frau Schneider (Fraktionsvors. Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass ihre Fraktion den Antrag unterstütze, sehe jedoch Schwierigkeiten bei der Vornahme einer eventuellen Erstattung, da es sich um eine freiwillige Leistung der Kommune handle und diese Ausgaben stünden unter dem besonderen Fokus der Kommunalaufsicht.

Herr Kisslinger (Fraktionsvors. CDU) erklärte, ob eventuell die Möglichkeit bestehe, eine Erstattung an die Kindertagesstätten vorzunehmen, wenn eine Erstattung an die Eltern rechtlich ausgeschlossen sei, worauf Bürgermeister Eidam antwortete, dass derzeit nach Möglichkeiten gesucht werde, ob und wie eine Erstattung möglich sei. Herr Heuser (Fraktionsvors. FBW) bat, nach Abschluss der Prüfung und dem Vorliegen eines Ergebnisses um Informationen. Herr Wenz (Fraktionsvors. SPD) betonte noch einmal, dass es seiner Fraktion darum gehe, dass der Gemeindevorstand prüfen solle, wie eine angemessene Erstattung möglich sei.

Herr Laucht (FBW) schlug vor, aus dem Antrag der SPD-Fraktion den Satzteil „an die Eltern der betroffenen Kindergartenkinder“ herauszunehmen, da dadurch dem Gemeindevorstand mehr Flexibilität in seiner Entscheidung gegeben sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand zu beauftragen, für die anlässlich des Streiks in den kommunalen Kindergärten entstandene Betreuungslücke eine angemessene Kostenrückerstattung vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

6. Antrag zu einer Resolution für die umgehende und dauerhaften Besetzung der Stelle der Schulleiterin bzw. des Schulleiters an der Gesamtschule Niederwalgern

Drucksache: 00/4/2015/11-16

Herr Wenz (Fraktionsvors. SPD) stellte die Resolution aller Fraktionen des Gemeindeparlamentes vor:

Die in der Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) befindlichen Fraktionen beantragen, die Gemeindevertretung möge folgende Resolution verabschieden:

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) ist über die nach wie vor andauernde Vakanz der Schulleiterstelle/Schulleiterinnenstelle der Gesamtschule Niederwalgern beunruhigt und fordert das staatliche Schulamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf auf, alle Anstrengung zu unternehmen, diesen unbefriedigenden Zustand zu beseitigen.

Zur Begründung erklärten die Fraktionen:

Seit mittlerweile Februar 2013 sei die Stelle des Schulleiters der Gesamtschule Niederwalgern lediglich kommissarisch besetzt. Der Gemeindevertretung sei in diesem Zusammenhang bekannt, dass die geführten Konkurrentenklagen im Rahmen des Stellenbesetzungsverfahrens eine wesentliche Ursache für die Vakanz begründen. Trotz dieses Umstandes sei eine längere Nichtbesetzung dieser wichtigen Funktion nicht hinzunehmen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, um ein weiteres Absinken von ehemals 900 auf aktuell unter 500 Schüler zu verhindern. Wenn nicht umgehend kontinuierlich hohe Anmeldezahlen erreicht würden, sei aus Sicht der Fraktionen der Schulstandort Niederwalgern gefährdet.

Dies wäre für die Gemeinde Weimar (Lahn) ein ganz erheblicher Attraktivitätsverlust. Der Gesamtschule Niederwalgern komme im südlichen Landkreisgebiet eine Schlüsselstellung zu. Sie sei nicht nur geografisch das Bindeglied zwischen den großen Schulen in Marburg und Gladenbach. Eine dauerhafte Besetzung des Schulleiters/der Schulleiterin genieße in dieser Situation absolute Priorität, um die Fortentwicklung der Schule, die Wahrung des Schulfriedens sowie das Vertrauen der Schulgemeinde in die beteiligten Entscheidungsträger zu erhalten. Mit dieser Resolution wollen die Fraktionen auch ihre Solidarität zur gesamten Schulgemeinde der Gesamtschule Niederwalgern erklären.

Frau Schneider (Fraktionsvors. Bündnis 90/Die Grünen) schlug vor, auch die betroffenen Nachbarkommunen Fronhausen und Lohra über die Resolution zu informieren und auch dort eine entsprechende Diskussion und eventuelle Resolution anzustoßen.

Es wurde vereinbart, dass der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Gespräche hierzu aufnehme.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) ist über die nach wie vor andauernde Vakanz der Schulleiterstelle/Schulleiterinnenstelle der Gesamtschule Niederwalgern beunruhigt und fordert das Staatliche Schulamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf auf, alle Anstrengung zu unternehmen, diesen unbefriedigenden Zustand zu beseitigen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. Anfragen

7.1. Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.06.2015 zum Beitrag des Gemeindevorstandes zum Hochwasserschutz für Roth und Argenstein Drucksache: 00/3/2015/11-16

Herr Koch (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Seine Fraktion bitte, folgende, an den Gemeindevorstand der Gemeinde Weimar (Lahn) gerichtete Anfrage zur schriftlichen Beantwortung zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 25.06.2015 weiterzuleiten.

1. Wann ist mit einer Auftragsvergabe für die geotechnische Untersuchung und Vermessung der Deiche zu rechnen und wann kann die Arbeitsgruppe Hochwasserschutz mit den Ergebnissen weiterarbeiten?
2. Wie ist der Stand des ersten Pflegeganges der Deichflächen?

Bürgermeister Eidam erklärte, dass er diese und die beiden folgenden Fragen zur schriftlichen Beantwortung vorbereitet habe und fragte, ob der Wunsch bestehe, sie bereits einzusehen. Anderenfalls werde er sie am nächsten Tag per E-Mail versenden.

Da Gremium war mit dem Versand per E-Mail, der für den nächsten Tag vorgesehen sei, einverstanden.

7.2. Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.06.2015 zur vorgesehenen Unterbringung von Flüchtlingen in den Objekten von MEDI-LEARN in Oberweimar

Drucksache: 10/5/2015/11-16

Herr Kaletsch (SPD) stellte die schriftliche Anfrage seiner Fraktion vor:

Seine Fraktion richte an den Gemeindevorstand folgende Anfragen und bat um schriftliche Beantwortung:

1. Wie viele Unterbringungsplätze für Flüchtlinge wurden bzw. werden in den beiden Objekten von Medi Learn geschaffen?
2. Mit welchem Datum wurde die vertragliche Vereinbarung zwischen der Firma Medi Learn und der Stadt Marburg geschlossen und wann wurde der Gemeindevorstand informatorisch beteiligt?
3. Ab wann ist mit dem Beginn einer Belegung voraussichtlich zu rechnen?
4. Ist es realistisch, bei den vorliegenden räumlichen Gegebenheiten, dass auch Familien hier untergebracht werden können?
5. Ist personelle hauptamtliche Begleitung und Betreuung der zu erwartenden Flüchtlinge in Oberweimar und wenn ja, mit welchem wöchentlichen Zeitansatz und an welchen Wochentagen vorgesehen?
6. Welche freien Ressourcen der Verwaltung und des Bauhofes der Gemeinde Weimar (Lahn) stehen zur Verfügung, bzw. sind bereits angedacht, um eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten und auch das Umfeld zu begleiten?

Herr Laucht (FBW) führte aus, dass in der Bürgerversammlung, die in Oberweimar zu diesem Thema stattfand alle angesprochenen Fragen erörtert und beantwortet wurden, sodass er derzeit nicht den Sinn dieser Anfrage erkennen könne.

Herr Wenz (Fraktionsvors. SPD) erklärte, dass an dieser Bürgerversammlung nicht alle Mandatsträger teilgenommen hätten und es seiner Fraktion darum gehe, alle auf den gleichen Informationsstand zu bringen.

Die Beantwortung dieser Anfrage sei ebenfalls bereits schriftlich erstellt und werde am nächsten Tag an die Mandatsträger versendet.

7.3. Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.06.2015 zur Realisierung der Modernisierung des Bahnhofes in Niederwalgern gemäß Rahmenvereinbarung "Modernisierung der Personenbahnhöfe in Hessen" vom 09.08.2011

Drucksache: 11/18/2015/11-16

Herr Kraft (SPD) stellte die Anfrage seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand werde gebeten, die Fragen zu dem nachfolgenden Sachverhalt schriftlich zu beantworten:

Die genannte Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2011 sehe vor, innerhalb von acht Jahren so genannte priorisierte Infrastrukturmaßnahmen mit Vorhabenträgern der Deutschen Bahn AG und kommunaler Beteiligung zu realisieren. Laut Rahmenvereinbarung stünden insgesamt 258 Millionen für 93 Bahnhöfe zur Verfügung, der Eigenanteil des Landes Hessen belaufe sich dabei auf 84 Millionen und die der Beteiligten Kommunen auf insgesamt 45 Millionen Euro. Die Infrastrukturmaßnahmen sollen bis 2019 abgeschlossen sein. Unter den 64 priorisierten Maßnahmen in Hessen sei neben dem bereits modernisierten Bahnhof in Marburg auch der Bahnhof Niederwalgern genannt.

Für seine Fraktion ergeben sich daraus folgende Fragen:

1. Wann bzw. wurden seitens des Gemeindevorstandes mit der Deutschen Bahn AG Gespräche oder Verhandlungen geführt?
2. Wie hoch belaufen sich etwaige Planungskosten?
3. Lassen sich daraus ein Gesamtkostenaufwand und der damit verbundene Kostenaufwand ermitteln?
4. Sollte eine Modernisierung des Bahnhofes nicht realisiert werden können, ist bezüglich der Standortsicherung und der Verkehrsanbindung mit Einschränkungen zu rechnen bzw. gibt es dazu Aussagen der Deutschen Bahn AG?

Bürgermeister Peter Eidam:

Die Beantwortung dieser Anfrage sei ebenfalls bereits schriftlich erstellt und werde am nächsten Tag an die Hauptmandatsträger versendet.

Mündliche Anfragen lagen nicht vor.

8. Verschiedenes

- a) Keine weiteren Wortmeldungen.
- b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung wies auf die nächste Sitzungsrunde hin:

Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport	13.07.2015
Ausschuss für Bau, Planung, Umweltschutz und Energie	14.07.2015
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.07.2015
Gemeindevertretung	23.07.2015

Ende der Sitzung 20:50 Uhr.

Kurt Barth
Vorsitzender

Rita Rohrbach
Schriftführerin